



## Schwere Geschütze gegen private Vorsorge

„Klätzlich gescheitert“ sieht Johann Kalliauer, Präsident der AK Oberösterreich, die zweite und dritte Säule und wirft der Versicherungswirtschaft „Heuchelei“ vor. Gesetzliche Pensionsversicherung und freiwillige Höherversicherung seien effizienter und ertragreicher, fordert die AK Durchlässigkeit von privater in Richtung staatlicher Vorsorge. Der VVO spricht von veralteten Berechnungsgrundlagen, argumentiert mit einer krisenresistenten Klassischen und warnt vor Belastungen für das Budget, wenn die freiwillige Höherversicherung boomen würde.

Einmal mehr rückt die [Arbeiterkammer Oberösterreich](#) zur Verteidigung des Images der staatlichen Pensionsversicherung aus – und verbindet sie mit einem Frontalangriff auf die private Altersvorsorge.

Jahrelang sei die staatliche Pension totgeredet und gleichzeitig die private Vorsorge massiv gepusht worden. AKOÖ-Präsident Dr. Johann Kalliauer holt hingegen zum Frontalangriff aus: „Das private System ist klätzlich gescheitert. Jetzt muss endlich Schluss sein mit der Heuchelei der Versicherungswirtschaft.“

Kalliauer nennt Kürzungen bei Pensionskassen und die Ausstopfung von Zukunftsvorsorge-Polizzen als Hauptkritikpunkte. Diese seien jedoch „nur der Gipfel einer Fehlentwicklung“. Privatpensionen seien „viel zu anfällig für Krisen im Finanzmarktsystem“, meint der AKOÖ-Präsident.

## Die Rechenbeispiele der Arbeiterkammer

Kalliauer beruft sich auf zwei Beispielrechnungen der AKOÖ. Darin wird eine Höherversicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung einer privaten Vorsorge gegenübergestellt. In dem Text heißt es:

- *Wenn eine 40-Jährige 20 Jahre lang monatlich 70 Euro in die freiwillige Höherversicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung einzahlt, hat sie bei einem Pensionsantritt mit 60 Jahren 14 Mal pro Jahr eine Rente von 122,03 Euro bzw. zwölf Mal 142,36 Euro. Damit die Frau im privaten System zum gleichen Ergebnis kommt, müsste sie fünf Jahre früher mit den Zahlungen beginnen, zehn Jahre länger zahlen, monatlich statt 70 Euro 100 leisten und somit insgesamt um 22.260 Euro mehr zahlen. Das sind um 132,5 Prozent mehr!*
- *Ein 35-jähriger Mann zahlt im Jahr 2011 8.400 Euro einmalig als Höherversicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung ein. Mit 65 bekommt er eine Zusatzrente von 242,46 Euro. Würde der Mann den gleichen Betrag in eine private Versicherung investieren, bekäme er im besten Fall 55 Euro – also nicht einmal ein Viertel!*

## AK fordert Möglichkeit zum Umstieg von Privat auf Staat

„Die Panikmache, dass die Pensionen nicht gesichert sind, muss endlich aufhören“, folgert Kalliauer. Die Arbeiterkammer fordert „vehement, dass ein Umstieg von privaten Vorsorgemodellen in das staatliche Pensionssystem möglich werden muss – und zwar ohne Verluste für die Versicherten“.

Bestätigt fühlt sich die AKOÖ nicht zuletzt durch eine [Wifo](#)-Studie, wonach im Jahr 2008 private und betriebliche Vorsorgemodelle von direkten und indirekten Förderungen in Höhe von mehr als 1,3 Milliarden Euro profitiert hätten ([VersicherungsJournal 6.9.2011](#)).

So heißt es seitens der Kammer: „Bei einem Gesamtvolumen von 8,8 Milliarden an Einzahlungen entspricht die Förderhöhe einem Anteil von über 15 Prozent. Bei der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge gibt es bei Einzahlungen von 916 Millionen Euro eine Förderung von 155 Millionen Euro, das sind 17 Prozent. Ergo: Die Förderung aus dem Staatsbudget für private Vorsorge ist also gleich hoch wie bei der ASVG-Pension (17 Prozent).“

Die AK Oberösterreich verlangt deshalb eine Stärkung der staatlichen Alterssicherung, „weil sie mit den gleichen steuerlichen Zuschüssen wesentlich effizienter ist und höhere Erträge für die Versicherten bringt“.

## **VVO: Polemik unangebracht, Klassische ist krisenerprobt**

Der [Versicherungsverband](#) reagiert auf die AK-Attacke mit der Forderung nach einem vernünftigen Miteinander von gesetzlicher und privater Vorsorge. Polemik sei fehl am Platz, zumal die Wirtschaftslage für alle drei Säulen der Altersvorsorge problematisch sei – dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund negativer Folgen, die Zuschüsse an die gesetzliche Pensionsversicherung für die Staatsschulden haben könnten.

Dem Vorhalt der AK, zweiter und dritter Säule kämen 1,3 Milliarden Euro direkter oder indirekter Förderung zugute, hält der VVO den Bundeszuschuss zur staatlichen Pensionsversicherung entgegen. Dieser werde 2011 etwa sieben Milliarden Euro betragen.

Der Verband argumentiert auch, dass die klassische Lebensversicherung krisenerprobt sei. Erst im September hatte VVO-Präsident Dr. Wolfram Littich betont, die Gesamtverzinsung der Klassischen sei in den vergangenen drei Jahrzehnten im Durchschnitt 3,55 Prozent über der Inflationsrate gelegen (VersicherungsJournal [15.9.2011](#)).

## **Das Problem eines massiven Anstiegs bei Höherversicherungen**

Die Rechenbeispiele der AK lässt man im VVO so nicht gelten: Die Berechnungsgrundlagen für die freiwillige Höherversicherung seien mehr als 20 Jahre alt. Private Versicherer würden dagegen mit aktuellen Sterbetafeln, Stand 2005, kalkulieren.

Ein mittelfristig markanter Anstieg bei freiwilligen Höherversicherungen bedeute zudem langfristig einen Anstieg künftiger Forderungen an die gesetzliche Pensionsversicherung – und wäre damit ein potenzieller „Hebel“ für zusätzliche Zuschüsse aus dem Staats- ins Sozialversicherungsbudget.

## **Oberösterreichische: Stockinger gegen „Ideologiediskussion“**

In Oberösterreich selbst reagierte der neue Vorstandsvorsitzende der [Oberösterreichische Versicherung AG](#), Dr. Josef Stockinger, auf die Äußerungen des AKOÖ-Präsidenten. „Länder in der Schuldenkrise werden die staatlichen Pensionssysteme auf Dauer nicht in der gewohnten Höhe und Qualität halten können, auch wenn wir uns das alle wünschen würden.“

Man soll die Bevölkerung deshalb nicht in falsche Sicherheit wiegen „und vor allem keine Ideologiediskussion zwischen staatlicher und betrieblich / privater Vorsorge führen“. Sinnvoller wären vielmehr neue Wahlrechte und Wechselmöglichkeiten für Arbeitnehmer innerhalb der angebotenen Systeme der betrieblichen Vorsorge.

Der Wunsch nach garantierter Verzinsung werde bereits über die betriebliche Kollektivversicherung angeboten. Bessere gesetzliche Rahmenbedingungen mit mehr Gestaltungsrechten für den Einzelnen seien aber überfällig.